

Betreff:**Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung im
Stadtgebiet Braunschweig**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	<i>Datum:</i> 01.03.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	15.03.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.03.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	28.03.2017	Ö

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung im Stadtgebiet Braunschweig einschließlich des anliegenden Unterhaltungsrahmenplans (Muster) wird beschlossen.“

Sachverhalt:Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei dem Beschluss zur Gewässerunterhaltungsverordnung um eine Angelegenheit, über die der Rat zu beschließen hat.

Sachlage

Die aktuell gültige Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung (alle überörtlichen Gewässer mit Ausnahme des Mittellandkanals) für das Stadtgebiet Braunschweig stammt vom 13. Dezember 1977 und genügt weder den gültigen Rechtsvorschriften noch den Anforderungen an eine ökologische Gewässerunterhaltung.

Beigefügt ist eine aktualisierte Fassung, die sowohl den Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie als auch den Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Niedersächsischen Wassergesetzes entspricht. Bewährte Regelungen der alten Verordnung hinsichtlich der Duldungspflichten der Anlieger und der Pflichten zum Schutz der Gewässerböschungen werden übernommen.

Die Verordnung konkretisiert die gesetzlichen Grundsätze und Anforderungen an eine umweltverträgliche und abflusssichernde Gewässerunterhaltung. Inhaltlich wird die Unterhaltung entsprechend der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie auf das unbedingt notwendige Maß begrenzt, um einen guten ökologischen Zustand der Gewässer II. Ordnung zu verwirklichen. Alle zur Wahrung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses und damit zum Hochwasserschutz erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen bleiben weiterhin zulässig.

...

Basierend auf dem Aufstellungsbeschluss des Verwaltungsausschusses vom 17.02.2015 hat die Verwaltung den Verordnungsentwurf mit den Unterhaltungspflichtigen (Stadtentwässerung Braunschweig GmbH und Unterhaltungsverbände Schunter, Oker und Aue-Erse) sowie dem Wasserverbandstag als Interessenvertretung abgestimmt.

Die vorgebrachten Hinweise und Bedenken, die sich auf den Geräteeinsatz und die terminliche und umfängliche Festlegung von Unterhaltungsarbeiten bezogen, wurden erörtert und konnten einvernehmlich in die Verordnung eingearbeitet werden.

Was ist ein Gewässer II. Ordnung?

Gewässer II. Ordnung sind gemäß § 39 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) die nicht zur I. Ordnung (das sind die Bundeswasserstraßen – in Braunschweig der Mittellandkanal) gehörenden Gewässer, die wegen ihrer überörtlichen Bedeutung für das Gebiet eines Unterhaltungsverbandes in einem Verzeichnis (Anlage zum NWG) aufgeführt sind.

Welche Gewässer II. Ordnung gibt es in Braunschweig und wer ist für die Unterhaltung zuständig?

Gewässer II. Ordnung	Unterhaltungspflichtig
Oker	Unterhaltungsverband Oker/Stadt Braunschweig
Schunter	Unterhaltungsverband Schunter/Stadt Braunschweig
Wabe	Unterhaltungsverband Schunter/Stadt Braunschweig
Mittelriede	Unterhaltungsverband Schunter/Stadt Braunschweig
Thiedebach	Unterhaltungsverband Oker
Fuhsekanal	Unterhaltungsverband Aue-Erse/Unterhaltungsverband Oker/Stadt Braunschweig
Weddeler Graben	Unterhaltungsverband Schunter/Stadt Braunschweig
Beberbach	Unterhaltungsverband Schunter/Stadt Braunschweig
Sandbach	Unterhaltungsverband Schunter
Reitlingsgraben	Unterhaltungsverband Schunter
Aue-Oker-Kanal	Stadt Braunschweig

Zuständig für die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen an eine umweltverträgliche und abflusssichernde Gewässerunterhaltung der o. g. Gewässer sind außerhalb der Stadtgrenze von 1974 die o. g. Unterhaltungsverbände und innerhalb dieser Grenze die Stadt Braunschweig, die die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH mit der Durchführung beauftragt hat.

Leuer

Anlage/n:

Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung im Stadtgebiet Braunschweig
Unterhaltungsrahmenplan

Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung im Stadtgebiet Braunschweig

(Gewässerunterhaltungsverordnung – GUVO)

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 28.03.2017 aufgrund des § 79 Absatz 3 des Niedersächsischen Wassergesetzes in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt – Nds. GVBl. – Seite 64) und §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Seite 576), jeweils in der derzeit geltenden Fassung folgende Verordnung beschlossen:

Präambel

Diese Verordnung konkretisiert die gesetzlichen Grundsätze und Anforderungen an eine nachhaltige, umweltverträgliche und abflussichernde Gewässerunterhaltung und bietet so einen Rahmen für eine ökologische Gewässerunterhaltung und -entwicklung durch die Unterhaltungspflichtigen. Diese erhalten die Möglichkeit, die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten langfristig zu planen und rechtssicher umzusetzen.

§ 1 Geltungsbereich, Definitionen

- (1) Diese Verordnung gilt für die Gewässer II. Ordnung im Gebiet der Stadt Braunschweig. Die Gewässer II. Ordnung sind die Gewässer, die in der Verordnung über das Verzeichnis der Gewässer II. Ordnung vom 10.05.1961 in der jeweils geltenden Fassung veröffentlicht sind.
- (2) Der ordnungsgemäße Wasserabfluss im Sinne dieser Verordnung liegt dann vor, wenn der sich unter dem Regime des Gewässers gebildete und längere Zeit bestehende Zustand den ungehinderten und gefahrlosen Abfluss des Wassers gewährleistet. Maßgeblich ist der Abfluss, bei dem die dem Gewässer nach den natürlichen Bodenverhältnissen gewöhnlich zufließende Wassermenge gerade noch nicht ausufert (bordvoller Abfluss).

§ 2 Grundsätze der Unterhaltung

- (1) Die Unterhaltungsarbeiten sind auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen und möglichst in der Zeit vom 1. Oktober eines Jahres bis 28. Februar des Folgejahres durchzuführen. Die naturschutzrechtlichen Ausnahmeregelungen bleiben unberührt.
- (2) Neben der Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Wasserabflusses sind die Gewässer hinsichtlich ihres guten ökologischen und chemischen Zustands bzw. eines guten ökologischen Potenzials und eines guten chemischen Zustands zu pflegen und zu entwickeln.

§ 3 Anforderungen an die Unterhaltung

- (1) Die Sohle, Böschungen und Bermen dürfen nur dann gemäht werden, wenn es zur Wahrung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses oder zur Verwirklichung eines guten ökologischen und chemischen Zustands bzw. eines guten ökologischen Potenzials und eines guten

chemischen Zustands erforderlich ist. Diesem Ziel dient eine Mahd, die grundsätzlich nur einseitig auf alternierenden Trassen erfolgt.

(2) Bei Durchführung von Unterhaltungsarbeiten sind für die in dem zu unterhaltenden Bereich vorkommenden Tier- und Pflanzenarten schonende Geräte (z. B. Balkenmäher, Mähkorb mit Abstandshalter) zu verwenden, so dass die Pflanzen erst ab einer Höhe von ca. 10 cm über dem Boden bzw. der Sohle abgeschnitten werden.

(3) Bei Gewässern mit Vorkommen von streng und/oder europarechtlich geschützten Arten sind die erforderlichen artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen vor Beginn der jeweiligen Unterhaltungsmaßnahme einzuholen. Die erforderlichen artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen können auch vorab für einen Zeitraum von fünf Jahren erteilt werden, wenn der Unterhaltungspflichtige für die entsprechenden Gewässer einen Unterhaltungsrahmenplan aufstellt, der den Anforderungen der Anlage 1 entspricht.

(4) Mähgut (z. B. Kraut und Gras) ist aus dem Abflussprofil des Gewässers zu entnehmen und darf oberhalb der Gewässerböschung abgelegt werden, wenn nicht zu besorgen ist, dass eine Hochwassergefährdung gegeben ist, die dazu führt, dass das Mähgut weggeschwemmt wird und so wieder in das Gewässer gelangt. Ist dies nicht möglich, ist das Mähgut umgehend abzufahren. Eine dauerhafte Lagerung des Mähgutes oberhalb der Gewässerböschung ist nur in nicht hochwassergefährdeten Bereichen oder dann gestattet, wenn aufgrund der Witterungsverhältnisse nicht mit einem Hochwasser zu rechnen ist und das abgelagerte Mähgut in diesem mit hinreichender Sicherheit absehbar hochwasserfreien Zeitfenster soweit verrottet, dass keine Gefahr des Abschwemmens besteht.

(5) Sohlverkrautungen dürfen nur beseitigt werden, wenn sie den ordnungsgemäßen Wasserabfluss behindern und sollen dann abschnittsweise entfernt werden. Wo es hydraulisch möglich ist, ist lediglich eine Stromstrichmahd durchzuführen. Eine Räumung der Sohle darf nur unter Belassung eines Ufersaumes auf in Fließrichtung längs verlaufenden, alternierenden Trassen und maximal bis zur natürlichen Sohltiefe unter Berücksichtigung der Arten-schutzbelange erfolgen.

(6) Anlandungen und Totholz dienen der Gewässerentwicklung und sind nur abzutragen bzw. zu entfernen, soweit sie den ordnungsgemäßen Wasserabfluss gefährden.

(7) Bäume und Sträucher dürfen so weit zurückgeschnitten werden, dass sie den ordnungsgemäßen Wasserabfluss oder die Funktionsfähigkeit von Anlagen in, an, über und unter dem Gewässer nicht behindern. Standortgerechte Bäume und Sträucher, die auf der Böschung eines Gewässers oder in einem Gewässer stehen, dürfen grundsätzlich nicht beseitigt werden. Hingegen dürfen abgängige Bäume und Sträucher, die in das Gewässer zu fallen drohen, von dem Unterhaltungspflichtigen in eigener Verantwortung beseitigt werden. Die natur-schutzrechtlichen Regelungen bleiben unberührt.

§ 4 **Bauliche Anlagen**

(1) Einfriedungen von Grundstücken sind so herzustellen bzw. zu unterhalten, dass die maschinelle Gewässerunterhaltung nicht erschwert wird.

(2) Einlauf-, Auslauf- und Dükerbauwerke von Leitungen und dergleichen sind so anzulegen, dass diese den ordnungsgemäßen Wasserabfluss nicht behindern und die Unterhaltung (auch unter Berücksichtigung des Einsatzes von Maschinen) sowie die eigendynamische Entwicklung des Gewässers nicht beeinträchtigen.

§ 5 Besondere Pflichten der Anlieger und Hinterlieger

- (1) Das Anlegen und das Betreiben offener Tränkstellen im und am Gewässer sind untersagt. Viehtränen auf Weidegrundstücken einschließlich der zum Gewässer führenden Leitungen sind so anzulegen, dass die Böschungen nicht beschädigt werden und die Durchführung der Unterhaltungsarbeiten nicht behindert wird. Vorgenannte Leitungen sind so zu verlegen, dass eine Beschädigung durch Gewässerunterhaltungsarbeiten ausgeschlossen ist. Innerhalb eines mindestens 1 m breiten Streifens ab der Böschungsoberkante darf keine viehkehrende Einzäunung errichtet werden.
- (2) Acker- und Gartengrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet werden, dass die Böschungen der Gewässer nicht beeinträchtigt werden. Keinesfalls dürfen die Böschungen beschädigt oder die Wurzelbildung an den Böschungen durch den Einsatz von Dünger oder Pflanzenschutzmitteln beeinträchtigt werden.
- (3) Die Anlieger – und bei weniger als 5 m tiefen Grundstücken auch die Hinterlieger – können verpflichtet werden, abgelagerte Stoffe und Gegenstände zu beseitigen, die die Standsicherheit der Böschungen gefährden oder die Gewässerunterhaltung beeinträchtigen.
- (4) Für Unterhaltungsgeräte ist bei auf das Gewässer zulaufenden Querzäunen eine Durchfahrtbreite von mindestens 4 m (beginnend 1 m ab der oberen Böschungskante) durch die Anlieger bzw. Hinterlieger zu gewährleisten. Verschlossene Gatter müssen während der Unterhaltungsarbeiten zur Durchfahrt geöffnet sein. Die Regelungen dieses Absatzes gelten nur, wenn nicht von der gegenüberliegenden Gewässerseite mit einem vertretbaren Aufwand unterhalten werden kann.
- (5) Das Anlegen von Gewässerdurchquerungen – z. B. Furten – bedarf der Genehmigung der Unteren Wasserbehörde.

§ 6 Ausnahmen und Unterhaltungsplan

- (1) Die Untere Wasserbehörde kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen, wenn die Gewässerunterhaltung, die gewässerökologischen Belange und das Wohl der Allgemeinheit dadurch nicht beeinträchtigt werden.
- (2) Wenn von einem Unterhaltungspflichtigen ein Unterhaltungsplan aufgestellt wird, können Ausnahmen auch pauschal zugelassen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatz 1 erfüllt sind.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Geboten oder Verboten der §§ 2 bis 5 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

§ 8 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung für das Gebiet der Stadt Braunschweig vom 13.12.1977 außer Kraft.

Braunschweig, den

i. V.

Leuer
(Stadtbaurat)

Anlage 1 – Unterhaltungsrahmenplan (Muster)

Unterhaltungsrahmenplan (Muster)

Unterhaltungsverband _____

Unterhaltungsrahmenplan für die _____ für den Zeitraum _____

Gewässerstrecke von bis Länge	Nutzungsanforderungen Besonderheiten	Entwicklungsziele	Folgerungen für die Unterhaltung	Empfindlichkeit Artenschutz	Turnusmäßige Unterhaltungsarbeiten	Unregelmäßige Unterhaltungsarbeiten

Erläuterungen zur Anlage 1 der Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung innerhalb des Stadtgebietes Braunschweig

Nachfolgend werden die einzelnen Tabellenspalten des Unterhaltungsrahmenplans erläutert. Der Unterhaltungsrahmenplan wird für einen Zeitraum von 5 Jahren vom Unterhaltungspflichtigen im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde erstellt. Die Untere Wasserbehörde führt die Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde durch.

Der Unterhaltungsrahmenplan stellt die Grundlage für die nach den artenschutzrechtlichen Anforderungen erforderliche Ausnahmegenehmigung nach § 45 Bundesnaturschutzgesetz dar.

Die darüber hinaus ungeplant erforderlichen Gewässerunterhaltungsmaßnahmen in/an Gewässern mit streng und/oder europarechtlich geschützten Arten sind im Rahmen der jährlichen Gewässerschauen mit der Unteren Wasserbehörde unter Beteiligung der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Die artenschutzrechtlichen Regelungen bleiben unberührt. Sollten weitere Unterhaltungsmaßnahmen kurzfristig erforderlich werden, ist vom Unterhaltungspflichtigen auf Grundlage der naturschutzrechtlichen Anforderungen eine Ausnahmegenehmigung bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen. Die Untere Wasserbehörde ist zu beteiligen.

Die Unterhaltungsrahmenpläne müssen mindestens die nachfolgenden Angaben enthalten und sind dem Stand der Technik in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde unter Beteiligung der Unteren Naturschutzbehörde anzupassen.

Die Untere Naturschutzbehörde erstellt mit Unterstützung des jeweiligen Unterhaltungspflichtigen eine Karte für die Gewässer mit Vorkommen von streng und/oder europarechtlich geschützten Arten und stellt diese in geeigneter Form der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Gewässerstrecke von bis Länge

Die einzelnen Strecken sind in einer Karte mit einer Kilometrierung im Maßstab 1 : 10.000 darzustellen.

Mit der Kilometrierung ist an der Mündung zu beginnen.

Nutzungsanforderungen Besonderheiten

Es sind die Nutzungen der angrenzenden Flächen und weitere wasser- oder naturschutzrechtliche Anforderungen an den Gewässerabschnitt anzugeben (z. B. Acker, Grünland, Siedlungen, Abwassereinleitungen, Höhenlage von Drainagen, Biotope etc.)

Es sind alle für die Unterhaltung und Entwicklung bekannten, wichtigen Aspekte anzugeben (z. B. einengende Durchlässe, Leitungen, Vorkommen und Bestand geschützter Arten etc.).

Anlage 1 zur Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung im Stadtgebiet Braunschweig

Entwicklungsziele

Formulierung der Entwicklungsziele auf Grundlage der Fließgewässertypologie.

Beispiele für Entwicklungsziele sind: Ufergehölzsaum an der östlichen Seite erhalten/anlegen, Reduzierung von Verschlammungen etc.

Neben dem Gewässer sind auch für die zur Verfügung stehenden Randstreifen Entwicklungen zu betrachten (z. B. der westliche Randstreifen ist von Gehölzen freizuhalten, die östlichen Flächen sind der Sukzession zu überlassen).

Berücksichtigung der Ziele von ggf. vorhandenen Schutzgebietsverordnungen.

Folgerungen für die Unterhaltung

Klassifizierung der Unterhaltungsintensität¹.

Die sich aus den hydraulischen und ökologischen Anforderungen ergebenden Folgerungen können sein: das halbe Profil ist von Bewuchs freizuhalten, Sohlerhöhungen von max. 30 cm sind zulässig, Mahd nicht vor dem 1.8., das Mähgut ist abzufahren, MW-Abflussrinne durch Mähen freihalten etc.

Empfindlichkeit Artenschutz

Beurteilung der Empfindlichkeit von streng und/oder europarechtlich geschützten Arten gegenüber den Unterhaltungsarbeiten in einer dreistufigen Skala.

Die Erfassung der Bestände hat durch ein Fachbüro im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde zu erfolgen. Nach Ablauf des „5-Jahres-Zeitraums“ sind die Bestände erneut zu erfassen und stellen die Grundlage für den folgenden Unterhaltungsrahmenplan dar.

Turnusmäßige Unterhaltungsarbeiten

Geplante jährliche Arbeiten (Art, Umfang, Zeitraum, Gerät).

Es sind die Arbeiten (Mahd, Räumung, Gehölzschnitt) im Gewässerbett und auf den zur Verfügung stehenden Randstreifen anzugeben.

Unregelmäßige Unterhaltungsarbeiten

Geplante unregelmäßig durchzuführende Arbeiten.

Es sind die Arbeiten (Mahd, Räumung, Gehölzschnitt, Baumfällung) im Gewässerbett und auf den zur Verfügung stehenden Randstreifen anzugeben.

¹ Nach Wasserverbandstag e.V. (2011): Gewässerunterhaltung in Niedersachsen – Teil A: Rechtlich-fachlicher Rahmen